

HITZLER INGENIEUR GmbH & Co. KG | Weimarer Straße 32 | 80807 München

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

PROJEKT

Dachsanierung Sekuranten / Dachhaut DLR am Standort Berlin Adlershof

VERFAHREN

**Offenes Verfahren zur Vergabe der
Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 4 und 8
Leistungsphasen 2+3+5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI**

AUFTRAGGEBER

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Technische Infrastruktur / Baumanagement
Ost, Rutherfordstraße 2, 12489 Berlin

INHALT

	Seite
Projekt	1
Dachsanierung Sekuranten / Dachhaut DLR am Standort Berlin Adlershof	1
Verfahren	1
Auftraggeber	1
Inhalt	2
1 Überblick über das Vergabeverfahren	3
2 Verfahrensablauf	4
2.1 Auftragsbekanntmachung und Abruf der Vergabeunterlagen	4
2.2 Vergabeplattform	4
2.3 Verfahrensart	4
2.4 Verfahrenssprache	4
2.5 Verfahrenskommunikation	4
2.6 Fragen und Anmerkungen	5
2.7 Formale Anforderungen an die Abgabe des Angebots	5
2.7.1 Einreichung über die Vergabeplattform	5
2.7.2 Angebotsfrist	6
2.7.3 Nebenangebote	6
2.7.4 Bindefrist	6
2.8 Inhaltliche Anforderungen an das Angebot	6
2.8.1 Angebotsbestandteil I: Qualifikation und Erfahrung des für die Ausführung vorgesehenen Personals	6
2.8.2 Angebotsbestandteil II: Honorarangebot	6
2.9 Öffnung der Angebote	7
2.10 Nachforderungen / Aufklärungen	7
2.11 Eignungsprüfung	7
2.12 Wertung der Angebote	7
2.13 Interne Zuschlagsentscheidung	7
2.14 Zuschlag / Vertragsschluss	7
3 Änderungsvorbehalt	8
4 Unterauftragsvergabe / Bietergemeinschaften	8
5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	8
6 Hinweispflicht bei Unvollständigkeit oder Unklarheiten	8
7 Geheimhaltung / Zweckbindung der Vergabeunterlagen	9
8 Urheberrecht und Kennzeichnung von Geheimnissen	9
9 Rügepflichten und Rechtsbehelfe	9
10 Kosten	9
11 Vorrang der EU-Auftragsbekanntmachung	9
12 Verzeichnis der Vergabeunterlagen	10

1 Überblick über das Vergabeverfahren

Angaben zum Verfahren

Bauherr	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Technische Infrastruktur / Baumanagement Ost, Rutherfordstraße 2, 12489 Berlin
Projekt	Dachsanierung Sekuranten / Dachhaut DLR am Standort Berlin Adlershof
Leistung	Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 4 und 8
Leistungsphasen	LPH 2+3+5–9 gemäß §§ 53 ff. HOAI
Verfahrensart	Offenes Verfahren gemäß § 15 Abs. 1 VgV
Vergabepattform	https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27288a-eu

Angaben zum Verfahrensablauf (vorläufig)

Datum / Information

Absendung der Auftragsbekanntmachung	13. Februar 2026
Schlusstermin Angebot	16. März 2026



Die vorgenannten Terminangaben dienen zu Beginn des Vergabeverfahrens lediglich dem Überblick. Im weiteren Verfahrensverlauf können Änderungen im zeitlichen Ablauf notwendig werden, vgl. Änderungsvorbehalt unter Ziffer 3.

2 Verfahrensablauf

2.1 Auftragsbekanntmachung und Abruf der Vergabeunterlagen

Die Ausschreibung Neubau Feuerwehr Rielasingen begann mit der Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung an das Supplement zum EU-Amtsblatt am **13. Februar 2026**

2.2 Vergabeplattform

Interessierte Unternehmen können ab dem Tag der Veröffentlichung die Vergabeunterlagen über die Vergabeplattform Aumass (<https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27288a-eu>) mit der Bekanntmachungsnummer abrufen, über die das gesamte Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt wird.

2.3 Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt im offenen Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 GWB i. V. m. § 15 Abs. 1 VgV. Soweit das Verfahren nicht gesetzlich festgelegt ist oder bereits in der Auftragsbekanntmachung erläutert wurde, richtet sich das Verfahren nach diesen Verfahrensbedingungen.

2.4 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Bewerbungs- bzw. Angebotsunterlagen sowie die sonstige Verfahrenskommunikation sind in deutscher Sprache zu verfassen. Fremdsprachige Dokumente, die bei der Wertung berücksichtigt werden sollen, sind in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

2.5 Verfahrenskommunikation

Die Verfahrenskommunikation erfolgt vorrangig über die Vergabeplattform. Änderungen an den Vergabeunterlagen oder Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen werden ebenfalls über die Vergabeplattform bereitgestellt.

Um die ungehinderte Zustellung verfahrensrelevanter E-Mails sicherzustellen, wird Bewerbern und Bietern nachdrücklich empfohlen, den Domänen Aumass (Domäne der Vergabeplattform) und *hitzler-ingenieure.de* (Domäne des Verfahrensbetreuers) durch Whitelisting eine positive Reputation und Vertrauenswürdigkeit innerhalb ihres Kommunikations- und Sicherheitssystems zuzuweisen.

Ansonsten könnten Benachrichtigungen der Vergabepattform auch im Spam-Ordner/Junk-Mail-Ordner/Bulk-Mail-Ordner des für das Verfahren hinterlegten E-Mail-Accounts zu finden sein. Während des gesamten Vergabeverfahrens ist es deshalb unerlässlich, dass Sie auch diese Ordner regelmäßig überprüfen.

2.6 Fragen und Anmerkungen

Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der Vergabeplattform zu adressieren. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform veröffentlicht.

Hinsichtlich der geltenden Fristen wird auf die Bekanntmachung bzw. die *Aufforderung zur Angebotsabgabe* verwiesen.

Nach Fristablauf eingegangene Fragen bzw. Anmerkungen werden nur noch beantwortet, wenn sie Defizite oder Unklarheiten der Vergabeunterlagen aufdecken und insoweit eine sachliche Klarstellung bzw. Korrektur herbeizuführen ist. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis zum Ablauf der jeweiligen Frist auf der Vergabeplattform zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die jeweilige Abgabefrist auch noch bis zum Ablauf der Antwortfrist zu verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls auf der Vergabeplattform informiert.

2.7 Formale Anforderungen an die Abgabe des Angebots

2.7.1 Einreichung über die Vergabeplattform

Mit der *Aufforderung zur Angebotsabgabe* setzt der Auftraggeber eine Angebotsfrist. Die vollständigen Angebotsunterlagen sind zwingend über die vorgegebene Vergabeplattform in Textform einzureichen.

Für die Abgabe elektronischer Angebote sieht das Vergaberecht über § 53 Abs. 1 VgV grundsätzlich die Textform nach § 126b BGB vor: Angebote in Textform benötigen keine eigenhändige Namensunterschrift mehr und müssen nicht elektronisch signiert werden. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist lediglich der Bewerber bzw. Bieter und dessen zur Vertretung berechtigte natürliche Person zu benennen (= Aussteller der Erklärung gemäß § 126b BGB).

Auf postalischem Wege sowie per E-Mail, per Telefax oder auch rein über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform übermittelte Angebote sind nicht zugelassen.

Bitte beachten Sie hinsichtlich der Einreichung des Angebots die mit den Vergabeunterlagen veröffentlichten *Hinweise zu elektronischen Vergabeverfahren*.

Mit dem Angebot sind alle Unterlagen, Informationen und Daten vorzulegen, die in der Auftragsbekanntmachung und den Vergabeunterlagen gefordert sind. Angebote, die nicht form- und fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (vgl. § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV). Unvollständige Angebote oder Angebote, die von den Ausschreibungsunterlagen abweichen, laufen Gefahr ausgeschlossen werden (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 4 VgV).

Die den Bietern im Verlauf des Verfahrens erteilten weiteren Informationen (Antworten der Auftraggeber auf Fragen der Bieter, sonstige Hinweise etc.) sind ebenso wie die Vergabeunterlagen bei der Erstellung des Angebots zugrunde zu legen. Antwortschreiben und Hinweise des Auftraggebers sowie verfahrensleitende Verfügungen, welche die Vergabeunterlagen ergänzen, präzisieren oder abändern, gehen diesen Vergabeunterlagen vor.

2.7.2 Angebotsfrist

Die verbindliche Angebotsfrist wird mit der *Aufforderung zur Angebotsabgabe* festgelegt.

2.7.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.7.4 Bindefrist

Die Bieter sind bis 3 Monate nach Ablauf der Abgabefrist an ihre Angebote gebunden.

2.8 Inhaltliche Anforderungen an das Angebot

Die einzureichenden Angebotsbestandteile werden in der *Aufforderung zur Angebotsabgabe* definiert, bestehen aber zumindest aus:

— **Angebotsbestandteil I:**

Qualifikation und Erfahrung des für die Ausführung vorgesehenen Personals

— **Angebotsbestandteil II: Honorarangebot**

2.8.1 Angebotsbestandteil I:

Qualifikation und Erfahrung des für die Ausführung vorgesehenen Personals

Die Entscheidung über den Bestbieter erfolgt zum anderen auf der Grundlage der Qualifikation und Erfahrung des für die Ausführung vorgesehenen Personals. Dieses Konzept ist zusammen mit dem Honorarangebot fristgerecht einzureichen.

Zu den formalen und inhaltlichen Anforderungen wird auf die *Aufforderung zur Angebotsabgabe* verwiesen.

2.8.2 Angebotsbestandteil II: Honorarangebot

Zur besseren Vergleichbarkeit und zur Gewährleistung der Übersichtlichkeit haben die Bieter für die Einreichung des Honorarangebots das bereitgestellte *Honorarangebotsformblatt* zu verwenden.

2.9 Öffnung der Angebote

Die Öffnung der Angebote erfolgt nach § 55 Abs. 2 S. 1 VgV. Bieter sind gemäß § 55 Abs. 2 S. 2 VgV zur Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

2.10 Nachforderungen / Aufklärungen

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV ermessenskonform nachzufordern. Achten Sie dennoch in besonderer Weise auf die Vollständigkeit Ihrer Unterlagen.

2.11 Eignungsprüfung

Im Rahmen der Eignungsprüfung stellt der Auftraggeber fest, ob die Bieter die erforderliche Leistungsfähigkeit in finanzieller und wirtschaftlicher sowie in fachlicher und technischer Hinsicht besitzen. Hierfür hat der Bieter die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise zu erbringen.

Hinweis an Bieter aus EU-Mitgliedstaaten: Wird einer der geforderten Nachweise bzw. Bescheinigungen in dem betreffenden Herkunftsland nicht ausgestellt, so kann dieser durch eine eidesstattliche Erklärung ersetzt werden, die das Unternehmen vor einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder jeder anderen befugten Behörde des betreffenden Herkunftslandes abgibt. In den Staaten, in denen es einen derartigen Eid nicht gibt, kann dieser durch eine feierliche Erklärung ersetzt werden. Die zuständige Behörde oder der Notar hat eine Bescheinigung über die Echtheit der eidesstattlichen oder der feierlichen Erklärung auszustellen.

Nachweise (bzw. Bescheinigungen) in einer anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen, um berücksichtigt werden zu können. Die erforderlichen Angaben, Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus dem Formular *Nachweise zur Eignung*.

2.12 Wertung der Angebote

Die Entscheidung über den Bestbieter erfolgt auf Basis der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien. Zu den Details der Wertungskriterien und Gewichtungen wird auf die *Systematik der Angebotswertung* verwiesen.

2.13 Interne Zuschlagsentscheidung

Der Auftraggeber plant, nach Wertung der Angebote die interne Zuschlagsentscheidung zeitnah zu treffen und anschließend die Informationsschreiben nach § 134 Abs. 1 GWB zu versenden. Ggf. ist eine Gremienentscheidung zu berücksichtigen.

2.14 Zuschlag / Vertragsschluss

Der Auftraggeber plant, dem Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag nach Ablauf der Wartefrist gemäß § 134 Abs. 2 GWB zu erteilen.

Der Vertragsschluss erfolgt, indem der Auftraggeber dem bestplatzierten Angebot den Zuschlag erteilt. Vertragsgrundlage ist das Vertragswerk samt Anlagen, das Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

3 Änderungsvorbehalt

Der Auftraggeber behält sich vor, den oben dargestellten zeitlichen Ablauf zu ändern. Änderungen werden allen Bietern in Form einer Verfahrensverfügung über die Vergabeplattform mitgeteilt.

4 Unterauftragsvergabe / Bietergemeinschaften

Die Beauftragung von Unterauftragnehmern (Sub-/Nachunternehmern) sowie die Bildung von Bietergemeinschaften ist möglich. Die dazugehörigen Hinweise in der Auftragsbekanntmachung, in den Nachweise zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie im Honorarangebotsformblatt sind zu beachten.

5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Wesentliches Kennzeichen einer Auftragsvergabe im Wettbewerb ist die Gewährleistung eines Geheimwettbewerbs zwischen den teilnehmenden Bietern. Danach ist es unzulässig, dass ein Bieter an einem Vergabeverfahren teilnimmt, dem ganz oder zumindest teilweise die Angebote, Angebotsgrundlagen oder Angebotskalkulation der Mitbewerber bekannt sind. Gibt ein Bieter somit nicht nur ein eigenes Angebot ab, sondern bewirbt er sich daneben auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft um den Zuschlag hinsichtlich derselben Leistung, ist der Geheimwettbewerb nicht mehr gewährleistet. Dies führt zwingend zum Ausschluss der betroffenen Angebote, sofern nicht nachgewiesen ist, dass eine Verletzung des Geheimwettbewerbs durch die Mehrfachbeteiligung ausgeschlossen ist.

6 Hinweispflicht bei Unvollständigkeit oder Unklarheiten

Der Bewerber bzw. Bieter hat sich von der Vollständigkeit der ihm überlassenen Unterlagen zu überzeugen. Sollten die Vergabeunterlagen unvollständig sein, Unklarheiten oder gar Widersprüche enthalten, hat er den Auftraggeber in Textform unverzüglich darauf aufmerksam zu machen.

Gleiches gilt, falls der Bewerber bzw. Bieter der Auffassung ist, dass die Unterlagen gegen geltendes Recht verstoßen.

7 Geheimhaltung / Zweckbindung der Vergabeunterlagen

Der Bewerber bzw. Bieter ist verpflichtet, sämtliche Vergabeunterlagen, die er vom Auftraggeber erhält, vertraulich zu behandeln. Diese Unterlagen dürfen ausschließlich dazu verwendet werden, dem Auftraggeber ein Angebot zu unterbreiten.

Die Weitergabe der Vergabeunterlagen an Dritte oder anderweitige zweckwidrige Verwendung ist verboten. Soweit ein Bewerber kein Angebot abgibt, hat er die Unterlagen zu vernichten, unabhängig davon, ob diese in digitaler oder verkörperter Form vorliegen.

8 Urheberrecht und Kennzeichnung von Geheimnissen

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebots, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von der Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z. B. andere Bieter) ausgehen, vgl. § 165 Abs. 3 Satz 2 GWB.

9 Rügepflichten und Rechtsbehelfe

Hinsichtlich Rügepflichten und Rechtsbehelfen wird auf die Ausführungen unter Ziffer VI.4.3) der Auftragsbekanntmachung verwiesen.

10 Kosten

Für die Bearbeitung und Einreichung des Angebots sowie die Teilnahme am Vergabeverfahren im Übrigen werden keine Kosten erstattet. Die eingereichten Unterlagen verbleiben kostenfrei beim Auftraggeber.

Eine etwaige Vergütung im Rahmen der Angebotserstellung gemäß § 77 Abs. 2 VgV wird in der *Aufforderung zur Angebotsabgabe* festgesetzt.

11 Vorrang der EU-Auftragsbekanntmachung

Ergänzend wird ausdrücklich auf die Informationen, die in der EU-Auftragsbekanntmachung enthalten sind, Bezug genommen und verwiesen.

Sollte es zwischen diesen Verfahrensbedingungen und der EU-Auftragsbekanntmachung zu Widersprüchen kommen, haben die Festlegungen der Auftragsbekanntmachung Vorrang.

12 Verzeichnis der Vergabeunterlagen

Angebotsunterlagen (mit Einreichungsverpflichtung zur elektronischen Abgabe)

Das Bewerbungsformular ist ausgefüllt **mit entsprechenden Anlagen zwingend elektronisch** bis zum Submissionstermin über die Vergabeplattform einzureichen! Bitte beachten Sie die Hinweise zu Bietergemeinschaften und zur Eignungsleihe. Die Verpflichtungserklärung zu Eignungsleihe ist nur einzureichen, wenn die Eignungsleihe nach § 47 Abs. 1 VgV in Anspruch genommen wird.

- Vergabeunterlage A: Nachweise zur Eignung Büro (.docx mit Formularfunktion)
- Vergabeunterlage B: Nachweise zur Eignung Team (.docx mit Formularfunktion)
- Vergabeunterlage C: Honorarangebot (.docx mit Formularfunktion)

Alle anderen Unterlagen dienen **lediglich zur Information** und müssen **nicht** eingereicht werden!

- Vergabeunterlage D: Aufforderung Einreichung Angebot (.pdf)
- Vergabeunterlage E: Kriterienmatrix (.pdf)
- Vergabeunterlage F: Vertragsunterlagen (.pdf)
- Vergabeunterlage G: Verfahrensbedingungen (.pdf)
- Vergabeunterlage H: Plan- und Informationsunterlagen (.zip)

Hinweise zu elektronischen Vergabeverfahren

Stand: 1. Januar 2022

EU-weite Vergabeverfahren nur noch elektronisch

Seit dem 18. Oktober 2018 dürfen **bei EU-weiten Vergabeverfahren**

- Interessensbekundungen
- Interessensbestätigungen
- Teilnahmeanträge
- und Angebote¹

nur noch **elektronisch** abgegeben werden (§§ 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 10 VgV).

unterschwellige Verfahren

Die **Unterschwellevergabeordnung (UVgO)** verweist aus § 7 Abs. 1, 3 UVgO ebenfalls auf §§ 10 bis 12 VgV.

Kommunikation

Die **gesamte Kommunikation** – von der Bekanntmachung bis hin zur Zuschlagserteilung – läuft seitens des öffentlichen Auftraggebers grundsätzlich elektronisch und hierbei vorrangig über die Vergabepattform ab. Dies schließt seitens der Vergabestelle allerdings die Kommunikation per Fax nicht aus, insbesondere zur Übermittlung fristauslösender Mitteilungen.

Auch von Bewerber- bzw. Bieterseite müssen Fragen und Hinweise zum Vergabeverfahren, fehlende Angaben und Nachweise zur Eignung oder Informationen zur Aufklärung des Angebotsinhalts elektronisch eingereicht werden (§ 9 Abs. 1 VgV bzw. § 7 Abs. 1 UVgO), allerdings nicht per Fax.

Whitelisting

Um die **ungehinderte Zustellung** verfahrensrelevanter E-Mails sicherzustellen, empfehlen wir Bewerbern und Bietern nachdrücklich, den Domänen *staatsanzeiger-eservices.de* (Domäne der Vergabepattform) und *hitzler-ingenieure.de* (Domäne des Verfahrensbetreibers) durch **Whitelisting** eine positive Reputation und Vertrauenswürdigkeit innerhalb ihres Kommunikations- und Sicherheitssystems zu zuzuweisen. Die IT-Administration kann die genannten Absenderdomänen serverseitig entsprechend klassifizieren. Der für das Verfahren hinterlegte E-Mail-Account sollte zusätzlich seinen SPAM-Filter entsprechend definieren oder zumindest regelmäßig kontrollieren.

Textform

Für die Abgabe elektronischer Angebote sieht das Vergaberecht über § 53 Abs. 1 VgV bzw. § 38 Abs. 3 UVgO grundsätzlich die **Textform nach § 126b BGB** vor: **Angebote in Textform benötigen keine eigenhändige Namensunterschrift mehr und müssen nicht signiert werden.** Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist lediglich der Bewerber bzw. Bieter und dessen zur Vertretung berechtigte natürliche Person zu benennen (= **Aussteller der Erklärung** gemäß § 126b BGB). Der Einreichungsprozess der Vergabepattform sieht entsprechende Abfragen vor.

Wenn Sie den vorgegebenen Prozess durchlaufen, wird der Textformerfordernis genüge getan.

zwingender Ausschluss

Fehlen diese Angaben zum Aussteller der Erklärung, ist das Angebot **zwingend** auszuschließen (§§ 57 Abs. 1 Nr. 1, 53 Abs. 1 VgV bzw. §§ 42 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, 38 Abs. 3 UVgO).

Vollständigkeit der Unterlagen

Unsere Vergabeunterlagen sehen für die geforderten Angaben entsprechende Formularfelder vor. Es ist für den Erfolg Ihres Angebots essenziell, dass Sie die Bewerbungs- und Angebotsunterlagen **vollständig ausgefüllt** auf der Vergabepattform erfassen.

rechtzeitiger und vollständiger Eingang

Das elektronische Angebot muss vor Ablauf der Angebotsfrist **vollständig eingegangen** sein. Ausschlaggebend ist der **Eingang** der Unterlagen auf der Vergabepattform, nicht der Zeitpunkt, zu dem der Upload des Angebots gestartet wurde. Bitte berücksichtigen Sie, dass die Übermittlung Ihrer Daten von der Geschwindigkeit Ihrer Internetverbindung sowie der Größe der zu übermittelnden Angebotsunterlagen abhängt.

Einreichung über das richtige Benutzerkonto

Die Abgabe der Bewerbung bzw. des Angebots erfolgt grundsätzlich **über den namentlich eindeutig zuzuordnenden Account des teilnehmenden Unternehmens**. Rechtlich selbstständige Untenehmenseinheiten wie Mutter-oder Tochterunternehmen, Holding, Unternehmensverbund etc. sind hierbei voneinander zu unterscheiden. Sie vermeiden rechtliche Konflikte, wenn Bewerber- bzw. Bieterunternehmen und die Bezeichnung des Benutzerkontos einander entsprechen.

Beteiligt sich eine **Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft** am Vergabeverfahren, erfolgt die Einreichung in der Regel **über den Account desjenigen Unternehmens, das bevollmächtigt ist**, die Bewerber-/Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft gegenüber der Vergabestelle bzw. dem Auftraggeber rechtsverbindlich zu vertreten.